

Bildungsstreiks in Nordrhein-Westfalen – Landtag muss massive Proteste der Studenten und Schüler ernst nehmen und Lösungen für die Bildungskrise diskutieren (Plenarsitzung vom 25.06.2009)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Pieper-von Heiden. – Jetzt hat Herr Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel*) (fraktionslos): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das, was wir von FDP und CDU gerade gehört haben, sagt einiges über ihr Demokratieverständnis aus. Hunderttausende junger Menschen gehen auf die Straßen, um zu demonstrieren, und Sie haben nichts Besseres zu tun, als sie zu beschimpfen. Das ist Ihre Politik.

Das, was wir von Ihnen gerade gehört haben, hat mit der tatsächlichen Situation in den Schulen und Universitäten des Landes nichts, aber auch gar nichts zu tun. Fragen Sie doch einmal die Schülerinnen und Schüler und die Studierenden, wie sie die Situation sehen. Die Situation ist katastrophal, und dafür steht Ihre Politik.

Wofür stehen Sie mit Ihrer Politik in Nordrhein-Westfalen? – Sie wollen eine vollständige Privatisierung der Bildungslandschaft.

(Christian Lindner [FDP]: Nein! Falsch!)

Das ist Ihre Politik, und dafür steht die FDP; die Markradikalen von der FDP haben nichts anderes im Kopf.

(Christian Lindner [FDP]: Nein!)

– Herr Lindner, da können Sie ruhig immer „Nein“ rufen. Das ist nun einmal das, was Sie wirklich wollen. Sie haben allgemeine Studiengebühren eingeführt und sind gegen jede Chancengleichheit. Vor allem die CDU betreibt weiterhin Klientelpolitik und will, dass die Kinder aus reichen Elternhäusern bevorzugt werden. Mit Chancengleichheit hat Ihre Politik nichts zu tun.

(Christian Lindner [FDP]: Sie sind ein Strolch!)

– Sie marktradikaler Schreier sollten ganz vorsichtig sein. – Ich bitte, dass das Wort, das gerade benutzt wurde, zur Kenntnis genommen wird.

Präsidentin Regina van Dinter: Weder das eine noch das andere Wort war in Ordnung. Ich **rüge** beide.

Rüdiger Sagel*) (fraktionslos): Das ist mir neu, Frau Präsidentin.

Die Linke unterstützt den Protest. Das heutige Bildungssystem grenzt aus und sortiert junge Menschen nach ihrer marktwirtschaftlichen Verwertbarkeit. – Dafür stehen Sie übrigens auch. – Bildungsgebühren und Privatisierungen befördern soziale Verwerfungen.

Die Linke steht für ein sozial gerechtes Bildungssystem. Dazu gehört die Schaffung einer Schule für alle, die Abschaffung aller Bildungsgebühren, die Abkehr von der Verschulung des Studiums und die Demokratisierung von Bildungseinrichtungen. Dem zunehmenden Einfluss der Wirtschaft auf Lerninhalte, Studienstrukturen und Stellenvergaben erteilen wir eine klare Absage. Es kann nicht richtig sein, dass die Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen von Bertelsmann gemacht wird und Sie das dann 1:1 umsetzen.

Die Linke fordert die Verwirklichung des Rechtes auf Bildung für alle. Sie ist Grundvoraussetzung dafür, dass Menschen sich solidarisch selbstbestimmt entwickeln und alle Formen von Ausbeutung und Unterdrückung überwinden können. Ich bitte Sie von der CDU darum, einmal zur Kenntnis zu nehmen, welche Parolen Ihre rechtsradikale Junge Union von sich gibt.

(Zurufe von der CDU)

Ich bitte Sie, sich das genauer anzugucken. Das, was die da von sich geben, ist wirklich völlig daneben.

(Zuruf von Dr. Robert Orth [FDP])

Privatisierungstendenzen im Bildungsbereich ist entschieden entgegenzuwirken. Bildung ist keine Ware!

Wir freuen uns, dass so viele Menschen auf die Straßen gegangen sind, und erklären uns solidarisch mit allen Schülerinnen, Studierenden und Auszubildenden, die gemeinsam streiken und gestreikt haben.

Ziel des Bildungstreikes ist es, eine Diskussion zur Zukunft des Bildungssystems anzuregen. Unsere Alternativen sind sehr klar:

Erstens. Selbstbestimmtes Lernen und Leben statt starrem Zeitrahmen, Leistungsdruck und Konkurrenzdruck.

Zweitens. Freier Bildungszugang und Abschaffung von sämtlichen Bildungsgebühren wie

Studiengebühren, Ausbildungsgebühren und Kita-Gebühren.

Drittens. Öffentliche Finanzierung des Bildungssystems ohne Einflussnahme der Wirtschaft unter anderem auf Lehrinhalte, Studienstrukturen und Stellenvergabe.

Viertens. Demokratisierung und Stärkung der Mit- und Selbstverwaltung in allen Bildungseinrichtungen.

Ein anderes Bildungssystem ist möglich und dringend nötig.

Wir verurteilen die Aussagen vieler Schulämter, den Streik als unentschuldigtes Fehlen zu werten.

Auch das ist nicht in Ordnung.

(Zurufe von der FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Sagel. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Sommer.